

THÜR. LANDTAG POST  
23.08.2023 17:03

21854/23

Den Mitgliedern des  
AfWWDG



ZUKUNFTSFÄHIGES  
Thüringen e.V.

Zukunftsfähiges Thüringen e.V. • c/o KoWo-Haus der Vereine,  
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und  
digitale Gesellschaft  
Frau Dr. Kristin Eglinski  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2875

zu Drs. 7/7451/8029

Zukunftsfähiges Thüringen e.V.  
c/o Kowo-Haus der Vereine  
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Vorstandsvorsitzender

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

22.08.2023

## **Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes**

der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 und

der Fraktionen Die LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen – Drucksache 7/8029

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

mit Schreiben vom 7. Juni 2023 haben Sie uns gebeten, zu den zwei Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes schriftlich Stellung zu nehmen bzw. an der Anhörung teilzunehmen. Vielen Dank für die erneute Beteiligung an einem Anhörungsverfahren zum Thüringer Vergabegesetz..

Die Ihnen bekannte Thüringer Beschaffungsallianz konnte in der umfänglichen Form nicht weiter fortgeführt werden, da die Fortsetzung der Förderung von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz nicht möglich war. Das Thema wird von uns jedoch, insbesondere im Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen (BM-Dialog) und in den Projekten und Veranstaltungen des Vereins Zukunftsfähiges Thüringen und hier einem größeren Teil der früheren Akteure, integriert fortgeführt (z. B. über das Projekt Global nachhaltige Kommunen Thüringen zu kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien, dem digitalen kommunalen Nachhaltigkeitscheck, „Mission Mehrweg“ der Kampagne für Thüringer Kommunen und thematischen Einzelveranstaltungen, wie unsere Mitbeteiligung am deutschlandweiten Fair Kongress in Erfurt im Juni 2023).

Mit diesen Vorbemerkungen und trotz der Notwendigkeit einer Befassung über die Thüringer Sommerferien hinweg, die eine breite Abstimmung mit allen möglichen Personen und Gremien nicht abschließend leistbar macht, freuen wir uns, Ihnen eine detaillierte Stellungnahme

abgeben zu können und werden auch an der Anhörung am 6.9.2023 im Thüringer Landtag mit einem mündlichen Beitrag teilnehmen.

Für Rückfragen stehen Herr Hans-Peter Perschke, Sprecher des Bürgermeisterdialoges zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen, und ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

**Anlage:** Stellungnahme als Synopse zu den Gesetzesentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes DS 7/7451 und DS 7/8029

Stellungnahme: Synopse und Änderungsvorschläge zu den Gesetzesentwürfen  
zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes DS 7/7451 und DS 7/8029  
**Stand: 22.08.2023**

### **Einführung in den in der Stellungnahme gewählten Darstellungs- und Argumentationswegweg.**

Aufgrund der üblichen komplexen Darstellungsweise der Gesetzänderungen in den beiden Entwürfen hatten wir uns entschlossen, die Änderungen neben dem Gesetz tabellarisch aufzuführen und auf ihren Änderungsgehalt hin Punkt für Punkt in einer Synopse durchzugehen, um den Überblick zu behalten. Dies einfach, weil an so vielen Stellen im Gesetz Änderungen durch beide Entwürfe vorgenommen werden sollen.

Aufgrund dieses Vorgehens gelangten wir nach dem ersten Durchgang in dieser Form zu folgender – an sich auch uns überraschender – Erkenntnis:

In beiden Gesetzesentwürfen sind, legt man beide Entwürfe über das bestehende Gesetz,

- zum einen die beabsichtigte sinnvolle Verschlankung des Gesetzes vor dem Hintergrund des Evaluierungsgutachtens zu finden, denen wir uns anschließen können und
- zum anderen ergibt sich aus der an sich unterschiedlichen Detailzielstellung der Entwurfsverfasser - aus unserer Sicht fast zwingend einfach - die Möglichkeit bzw. Chance an jeweils unterschiedlichen Stellen dem jeweils präziseren und praxistauglicheren Vorschlag zu folgen. Aus unserer Wahrnehmung halten sich damit auch die jeweiligen Zielstellungen der Verfasser:innen aus Regierung und Opposition gut in der Waage.

Mit dieser Erkenntnis haben wir uns dazu entschlossen, unsere Stellungnahme in der bearbeiteten tabellarischen Gegenüberstellung, ergänzt um unsere Einschätzungen, Begründungen und einige Formulierungsvorschläge einzureichen. In diesem Vorgehen ist so auch die Beantwortung der 13 Fragen direkt und indirekt durch die Akzeptanz vielfach auch ohne weitere vertiefende Aussagen inkludiert.

### **Herausgreifen möchten wir dennoch folgende Punkte/Aussagen.**

Wir hoffen, dass die Fraktionen im weiteren Beratungsprozess unserer Erkenntnis folgen können, dass die zu beschließenden Änderungen eine Synthese aus den jeweils konziseren Vorschlägen aus beiden Entwürfen ist.

- Wir begrüßen die Einrichtung einer **Landesvergabeberatungsstelle** entweder im Ministerium oder bei einem geeigneten Träger.
- Wir halten allerdings eine **Soll**-Formulierung für die gesamte öffentliche Hand in den §§ 4 (1), 10 (7) und 10a für wichtig. Deshalb haben wir in der guten Textformulierung der CDU in § 4 (1) das dortige „können“ durch „sollen“ ersetzt. Dies schafft Klarheit, erfordert Wissen, Kompetenz und Veränderung, wie es mit der Landesvergabeberatungsstelle bereitgestellt werden wird.

Soll dies gelingen und mitgetragen werden, wäre ggf. die folgende Umsetzungskaskade hilfreich/notwendig.

Denn unsere Absicht wäre nicht, die Beschlussfassung eines geänderten Thüringer Vergabegesetzes 2023 hierdurch zu verzögern.

- Zu prüfen wäre, inwieweit die Soll-Bestimmungen in einem ersten Schritt zunächst nur für die Ministerien, Landesverwaltung und nachgeordnete Einrichtungen gelten.
- Zu prüfen wäre ferner
- Inwieweit eine zeitlich verzögerte Verankerung der Vorgaben des Gesetzes als Soll-Bestimmungen auch für die kommunalen Auftraggeber ohne das Erfordernis einer weiteren Gesetzesänderung erfolgen kann. Dies wäre an die Evaluation des Gesetzes mit der erwiesenen Funktionsfähigkeit auch der Landesvergabeberatungsstelle nach 4 Jahren geknüpft Diese Frage müssen wir heute offenlassen.

- Hierzu benötigen wir mehr Zeit für eine ausreichend breite Beteiligung unserer Akteure, auch, um so der Empfehlung ein noch größeres Gewicht zu geben. Wir schlagen deshalb dieses gestufte Vorgehen vor, da eine Zustimmung auch der kommunalen Familie insgesamt uns so erreichbar scheint. Hierzu sollte ein Dialogprozess zeitnah begonnen werden. Gern bringen wir uns hier mit ein.
- Inwieweit in § 10 (7) die Soll-Vorschrift zur Verankerung von vergabespezifischen Mindestlöhnen auch auf kommunaler Ebene zu Gleichbehandlungsproblemen führen könnte oder sogar ein sinnvolles Nachziehen bedeuten würde, wäre auch im Kontext des kommunalen Finanzausgleiches vertieft zu prüfen.
- Wir plädieren dafür, die Aufführung der **ILO-Kernarbeitsnormen** weiter im Gesetz zu belassen. Zwar wissen auch wir, dass dies eigentlich allgemeiner, gesetzlicher Standard ist, halten es aber für zielführend, dies hier weiter zu bekräftigen.
- Die Fragen 10 und 13 sind, wie Sie wissen, für uns ausgesprochen wichtig.
  - Zum einen sehen wir hierbei beide Fragen eng miteinander verknüpft. Beispielhaft möchten wir deshalb neben der Darstellung in der Tabelle deutlich hervorheben, dass Klimaschutz, die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft und der Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Ressourceneffizienz (Frage 10) zukunftsfähig (auch im Sinne von Produktlebenszyklus, und Kreislaufwirtschaft und Lieferkettenthematik) nur unter Berücksichtigung sozialer (siehe auch oben ILO-Kernarbeitsnormen und Tariftreue auch in Thüringen) und ökologischer Kriterien zu erreichen sind (Frage 13).

- Das Merkmal **Regionalität** begrüßen wir dann, wenn es zuvor/zugleich die Fragen 10 und 13 schlüssig mit abdeckt. Nicht zuletzt auch, weil wir einschätzen, dass künftig regionale Produkte und Dienstleistungen, die diese Qualitäten und Kriterien nicht aufweisen, es am Markt zunehmend schwer haben werden und insofern hier ein Vorangehen der Entwicklung der Wirtschaft eher dienlich ist.
- Hinweisen möchten wir noch auf die aktuell in der Diskussion befindliche **Drucksache 7/7779 „Nachhaltigkeitsinvestitionen beschleunigen“**. Hier wäre gezielt auf soziale und ökologische Kriterien mit abzuheben. Im Ergebnis werden sich so mittelfristig Änderungen in den Produkten und auch durch die eintretenden Skaleneffekte, in den Preisen abbilden.
- **Zu den übrigen Anhörungsfragen verweisen wir auf die unten folgende Gesamttabelle**

**Fazit:**

Mit den aus beiden Gesetzentwürfen zusammengeführten Änderungen, den Verschlinkungen, bei Beibehaltung bzw. Setzung wichtiger Lenkungselemente, wird ein **starkes Thüringer Vergabegesetz** einen wichtigen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation Thüringens und für eine rechtzeitig zukunftsfähig ausgerichtete Thüringer Wirtschaft liefern. In der schrittweisen Umsetzung sollte nach 4 Jahren überprüft werden, dass die dargestellte angestrebte ausgewogene Mischung aus Verschlinkung (Entbürokratisierung), zukunftsweisenden Standards (Kriterien, Vorgaben) mit einer qualifizierten Betreuung und Schulung und Begleitung (Landesvergabeberatungsstelle, Vorlagen, e-Vergabe) gelungen ist.

Auf diesen Weg sollte also die **kommunale Familie** frühzeitig und in geeigneter Form eingebunden, unterstützt und begleitet werden, so dass die hier liegenden Potentiale ebenfalls zur vollen Entfaltung kommen können. In unserer Wahrnehmung nimmt hier die Bereitschaft kontinuierlich zu – sofern nicht Überlastung, Bürokratisierung und gefühlte/erlebte Rechtsunsicherheit ein Voranschreiten verhindern. Anmerken möchten wir, dass im Gegenteil vielfach Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung auch in der sozial-ökologischen und fairen Vergabepraxis – wie auch zu anderen Themen - sind. Dieses Potential kann in gutem **Zusammenwirken von Bund, Land und Kommune** sicher verstärkt in Kraft gesetzt werden (durch Ausrichtung, Kriterien und gegenseitige Passfähigkeit und schlanke Verfahren auch in den Förderkulis- sen).

Hinweisen möchten wir noch darauf, dass die Änderung des Thüringer Vergabegesetzes in der zuvor beschriebenen Form, sich in unserem Verständnis bereits vorgehend gut in mehrere Punkte der **Thüringer Verfassungsreform** ein- passt, deren Beschluss im Landtag noch 2023 angestrebt wird. Die auf die Reform folgenden gesetzlichen und unterge- setzlichen Regelungen sollten/werden aus unserer Sicht gut zum geänderten Thüringer Vergabegesetz passen.

### Stellungnahme: Synopse und Änderungsvorschläge in tabellarischer Form

§ (alte Fassung)	Text alt	Text Neu ( <del>Streichung</del> ) ( <u>Einfügung</u> ) ( <u>Diskussionsvorschläge</u> )	Bewertung
<b>§ 1</b> <b>Abs. 1</b>	Dieses Gesetz gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne der §§ 103 und 104 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung ungeachtet des Erreichens der Schwellenwerte nach § 106 GWB, soweit bei Bauaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) überschritten wird. Für die Schätzung gilt § 3 der	Dieses Gesetz gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne der §§ 103 und 104 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung ungeachtet des Erreichens der Schwellenwerte nach § 106 GWB, soweit bei Bauaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) überschritten wird. Für die Schätzung gilt § 3 der Vergabeverordnung	Der Anwendungsbereich des Gesetzes sollte nicht durch die Erhöhung von Wertgrenzen eingeschränkt werden. Daher empfehlen wir keine Änderung.



	Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624) in der jeweils geltenden Fassung.	vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624) in der jeweils geltenden Fassung.	
<b>§ 1</b> <b>Abs.2</b> <b>S.2</b> <b>und 3</b>	Das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium kann Einzelheiten zu den Verfahren und Grenzen für Auftragswerte festlegen, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung zulässig ist. Die Beschaffung preisgebundener Schulbücher kann unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB durch eine Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes gehen den Bestimmungen nach Satz 1 vor.	Das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium kann Einzelheiten zu den Verfahren und Grenzen für Auftragswerte festlegen, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege <u>eines Direktauftrages</u> , einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung zulässig ist. <del>Die Beschaffung preisgebundener Schulbücher kann unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB durch eine Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses</del>	Die sprachlichen Ergänzungen und die Streichung der Regelung zur Schulbuchvergabe war im CDU-Entwurf enthalten und begegnet unsererseits keinen Einwänden.

		<p><del>Gesetzes gehen den Bestimmungen nach Satz 1 vor:</del></p> <p><u>, sowie weitere Verfahrenserleichterungen, soweit sie sich auf die Festlegung von Wertgrenzen für verschiedene Verfahrensarten und die Anforderungen an die verwendeten elektronischen Mittel und deren Einsatz beziehen.</u></p> <p><u>Dabei sollen die Grenzen für Auftragswerte bis zu deren Erreichen ein Direktauftrag möglich ist, auf mindestens 5.000 Euro (netto) festgesetzt werden. Weiter sollen die Grenzen für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Verhandlungsvergabe zulässig ist, für Liefer- und Dienstleistungsaufträge auf mindestens 50.000 Euro (netto) und für Bauleistungen auf mindestens 100.000 Euro (netto) festgesetzt werden. Zudem soll die</u></p>	<p>Dies war ein leicht modifizierter Vorschlag der Regierung.</p> <p>Die CDU hatte sich eine Erhöhung der Wertgrenzen für einfachere Verfahrensarten gewünscht. Wir haben die etwas ambitionierten Werte auf ein geringeres Maß reduziert.</p>
--	--	--	--

		<a href="#"><u>Grenze für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb zulässig ist, für Bauleistungen auf mindestens 500.000 Euro (netto) festgesetzt werden.</u></a>	
<b>2</b> <b>Abs.1</b>	Dieses Gesetz gilt für alle staatlichen und kommunalen Auftraggeber, sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, für die § 55 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 282) oder § 31 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 26. Januar 1993 (GVBl. S. 181) beziehungsweise § 24 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung Doppik vom 11. Dezember 2008 (GVBl. S. 504) jeweils in der jeweils geltenden Fassung gilt. Die Auftraggeber stellen sicher, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten Beschäftigten über	Dieses Gesetz gilt für alle staatlichen und kommunalen Auftraggeber, sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, für die § 55 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 282) oder § 31 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 26. Januar 1993 (GVBl. S. <del>181</del> 153) beziehungsweise § 24 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung Doppik vom 11. Dezember 2008 (GVBl. S. 504) jeweils in der jeweils geltenden Fassung gilt. Die Auftraggeber stellen sicher, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten	Vorschlag der Regierung

	angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen. Zuwendungsempfänger haben dieses Gesetz zu beachten, soweit sie nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen hierzu verpflichtet werden.	Beschäftigten über angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen. Zuwendungsempfänger haben dieses Gesetz zu beachten, soweit sie nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen hierzu verpflichtet werden. <a href="#">Dabei können die Auftraggeber für die Erstellung der Ausschreibung und zur Begleitung des Verfahrens die Beratung der Landesvergabeberatungsstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft in Anspruch nehmen.</a>	Wir haben die Beratungsstelle beim Ministerium angesiedelt. Es wäre ggf. noch zu entscheiden, ob diese sich bei der Erfüllung dieser Aufgabe eines Dritten bedient.
<b>3 Abs.3</b>	Staatliche Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 1 haben die Bekanntmachung eines öffentlichen Auftrages in elektronischer Form auf der zentralen Landesvergabepattform zu veröffentlichen. Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs. 1, kommunale Auftraggeber im Sinne des §	Staatliche Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 1 <a href="#">sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs.1 kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs.2 und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs.3</a> haben die Bekanntmachung eines öffentlichen Auftrages in elektronischer Form	Konkretisierende Formulierung der Landesregierung  <b>Diskussionsvorschlag</b>

	2 Abs. 2, und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs. 3 können die zentrale Landesvergabepattform für ihre Bekanntmachungen von öffentlichen Aufträgen nutzen.	auf der zentralen Landesvergabepattform <a href="#">oder auf dem Bekanntmachungsserver des Bundes zu veröffentlichen</a> . Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs. 1, kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 2, und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs. 3 können die zentrale Landesvergabepattform für ihre Bekanntmachungen von öffentlichen Aufträgen nutzen.	
4	(1) Staatliche Auftraggeber sollen bei der Beschaffung eines Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen. Die kommunalen	<del>(1) Staatliche Auftraggeber sollen bei der Beschaffung eines Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen. Die kommunalen</del>	

	<p>Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach Satz 1 verfahren.</p> <p>(2) Bei der Beschaffung von IT- und IT-gestützten Produkten gilt § 4 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (ThürEGovG) in der jeweils geltenden Fassung. Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig erfolgen. Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.</p>	<p><del>Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach Satz 1 verfahren.</del></p> <p><del>(2) Bei der Beschaffung von IT- und IT-gestützten Produkten gilt § 4 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (ThürEGovG) in der jeweils geltenden Fassung. Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig erfolgen. Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.</del></p>	
--	---	---	--

	<p>(3) Umweltbezogene und soziale Aspekte können auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands, dessen technischer Spezifikation, der Auswahl der Bieter, der Erteilung des Zuschlags und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags berücksichtigt werden, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind.</p> <p>(4) Als umweltbezogene und soziale Aspekte nach Absatz 3 können insbesondere in Betracht kommen:</p> <p>1. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</p>	<p><del>(3) Umweltbezogene und soziale Aspekte können auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands, dessen technischer Spezifikation, der Auswahl der Bieter, der Erteilung des Zuschlags und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags berücksichtigt werden, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind.</del></p> <p><del>(4) Als umweltbezogene und soziale Aspekte nach Absatz 3 können insbesondere in Betracht kommen:</del></p> <p><del>1. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</del></p>	
--	---	--	--

	<p>2. die Einbeziehung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen in geeignetem Umfang,</p> <p>3. die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen,</p> <p>4. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>5. die umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</p> <p>6. die Energieeffizienz.</p>	<p><del>2. die Einbeziehung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen in geeignetem Umfang,</del></p> <p><del>3. die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen,</del></p> <p><del>4. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</del></p> <p><del>5. die umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</del></p> <p><del>6. die Energieeffizienz.</del></p> <p><u>(1) Soweit haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrechts, insbesondere die Gewährung des Marktzugangs für ausländische Bieter nicht entgegenstehen, sollen</u></p>	<p>Wurde aus dem CDU-Entwurf übernommen, die Berücksichtigung sozialer und</p>
--	---	--	--



		<p><u>Auftraggeber im Vergabeverfahren, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstandes einschließlich dessen technischer Spezifikation, der Erteilung des Zuschlags gemäß § 43 UVgO und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags, ökologische und soziale Belange berücksichtigen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben sind. Insbesondere sollen staatliche Auftraggeber bei der Auswahl eines zu beschaffenden Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den</u></p>	<p>ökologischer Belange aber als Soll-Vorschrift verankert.</p>
--	--	---	---

		<p><u>Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen.</u></p> <p><u>(2) Als Aspekte nach Absatz 1 können bei der Definition des Auftragsgegenstandes insbesondere in Betracht kommen:</u></p> <p><u>1. Verwendung von Produkten, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden.</u></p> <p><u>2. Verwendung ressourcenschonend hergestellter Produkte und Materialien,</u></p> <p><u>3. Verwendung von Produkten und Materialien die Umweltgütezeichen tragen,</u></p> <p><u>4. umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</u></p> <p><u>5. die Energieeffizienz der verwendeten Produkte.</u></p>	
--	--	---	--

		<p><u>(3) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</u></p> <p><u>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</u></p> <p><u>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</u></p> <p><u>und</u></p> <p><u>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstelle</u></p> <p><u>Öffentliche Auftraggeber sollen unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen für die Ausführung des Auftrages in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Definition des Auftragsgegenstands gemäß Absatz 2 mindestens ein umweltbezogener Aspekt</u></p>	<p>Vom CDU-Entwurf übernommen, aber sprachlich hinsichtlich einer besseren Handhabbarkeit überarbeitet.</p> <p>Wir sind der Meinung, dass die Soll-Vorschrift zur Mindestberücksichtigung ökologischer Aspekte von staatlichen Auftraggebern auf alle öffentlichen</p>
--	--	---	--

		<p><u>vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte im Rahmen der Auftragsausführung kommen umweltfreundliche und energieeffiziente Verfahren in Betracht wie zum Beispiel:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <u>Einsatz von Geräten und Fahrzeugen mit hoher Energieeffizienzklasse,</u></li> <li>2. <u>Einsatz ressourcenschonender Verfahren,</u></li> <li>3. <u>Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO<sub>2</sub>-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</u></li> <li>4. <u>Anwendung von Umweltmanagementmaßnahmen nach oder analog zu den</u></li> </ol>	<p><b>Auftraggeber ausgedehnt werden sollte</b></p> <p>Wir halten eine <b>Soll</b> Formulierung für die gesamte öffentliche Hand in den §§ 4 (1), 10 (7) und 10a für wichtig. Deshalb haben wir in der guten Textformulierung der CDU in § 4 (1) das dortige „können“ durch sollen ersetzt. Dies schafft Klarheit, erfordert Wissen, Kompetenz und Veränderung. Soll dies Gelingen und mitgetragen werden können wäre ggf. die in unserem Anschreiben formulierte Umsetzungskaskade hilfreich/notwendig. Denn unsere Absicht wäre nicht die</p>
--	--	--	---

		<u>Vorgaben des Eco-Management and Audit Scheme (EMAS).</u>	Beschlussfassung eines geänderten Thüringer Vergabegesetzes 2023 hierdurch zu verzögern.
5	Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands kann der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrecht, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.	<del>Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands kann der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrecht, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.</del>	
6	(1) Bei der technischen Spezifikation eines Auftrages können Umwelteigenschaften oder Auswirkungen bestimmter Warengruppen oder Dienstleistungen auf die Umwelt, oder auch beide, festgelegt werden. Hierzu können	<del>(1) Bei der technischen Spezifikation eines Auftrages können Umwelteigenschaften oder Auswirkungen bestimmter Warengruppen oder Dienstleistungen auf die Umwelt, oder auch beide, festgelegt werden. Hierzu können</del>	

	<p>geeignete Spezifikationen verwendet werden, die in Umweltgütezeichen definiert sind. Für die Anforderungen an Umweltgütezeichen gelten die jeweils einschlägigen Bestimmungen der Vergabeverordnung, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.</p> <p>(2) Andere geeignete Beweismittel, insbesondere technische Unterlagen der Hersteller oder Prüfberichte anerkannter Stellen, sind ebenfalls zulässig. Die technischen Spezifikationen dürfen die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern.</p>	<p><del>geeignete Spezifikationen verwendet werden, die in Umweltgütezeichen definiert sind. Für die Anforderungen an Umweltgütezeichen gelten die jeweils einschlägigen Bestimmungen der Vergabeverordnung, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.</del></p> <p><del>(2) Andere geeignete Beweismittel, insbesondere technische Unterlagen der Hersteller oder Prüfberichte anerkannter Stellen, sind ebenfalls zulässig. Die technischen Spezifikationen dürfen die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern.</del></p>	
<b>7 Abs.3,</b>	<p>(3) Ausgeschlossen werden kann ein Bieter insbesondere, wenn dieser bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende</p>	<p>Ausgeschlossen werden kann ein Bieter insbesondere, wenn dieser bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende</p>	<p>Hier war eine Ergänzung der CDU vorgesehen, die nicht</p>

<p><b>4 und 5</b></p>	<p>umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat oder der Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Bieter Vereinbarungen mit anderen Bietern getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.</p> <p>(4) Im Rahmen der zu überprüfenden technischen Fachkunde können mit Ausnahme bei Lieferaufträgen Umweltbelange Berücksichtigung finden. Der öffentliche Auftraggeber kann mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängende und ihm angemessene Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit des Bieters aufstellen, die in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen anzugeben sind. Diese können bei umweltrelevanten öffentlichen Bau-</p>	<p>umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat oder der Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Bieter Vereinbarungen mit anderen Bietern getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.</p> <p><del>(4) Im Rahmen der zu überprüfenden technischen Fachkunde können mit Ausnahme bei Lieferaufträgen Umweltbelange Berücksichtigung finden. Der öffentliche Auftraggeber kann mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängende und ihm angemessene Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit des Bieters aufstellen, die in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen anzugeben sind. Diese können bei umweltrelevanten öffentlichen Bau-</del></p>	<p>notwendig und damit erlässlich war.</p> <p>Da bereits in § 4 enthalten, begegnet die Streichung unsererseits keinen Bedenken.</p>
-----------------------	--	---	--

	<p>und Dienstleistungsaufträgen in der Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen bestehen, die bei der Ausführung des Auftrags zur Anwendung kommen sollen. Zum Nachweis dafür, dass der Bieter bestimmte Normen für das Umweltmanagement erfüllt, kann der Auftraggeber die Vorlage von Bescheinigungen unabhängiger Stellen verlangen.</p> <p>(5) Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist als europäische Auszeichnung für betriebliches Umweltmanagement zum Nachweis der Erfüllung von bestimmten Normen für das Umweltmanagement geeignet. Die Eintragung eines Unternehmens in das EMAS-Register kann für die Beurteilung der technischen Fachkunde eines Bieters unter folgenden Bedingungen herangezogen werden:</p>	<p><del>und Dienstleistungsaufträgen in der Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen bestehen, die bei der Ausführung des Auftrags zur Anwendung kommen sollen. Zum Nachweis dafür, dass der Bieter bestimmte Normen für das Umweltmanagement erfüllt, kann der Auftraggeber die Vorlage von Bescheinigungen unabhängiger Stellen verlangen.</del></p> <p><del>(5) Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist als europäische Auszeichnung für betriebliches Umweltmanagement zum Nachweis der Erfüllung von bestimmten Normen für das Umweltmanagement geeignet. Die Eintragung eines Unternehmens in das EMAS-Register kann für die Beurteilung der technischen Fachkunde eines Bieters unter folgenden Bedingungen herangezogen werden:</del></p>	
--	--	--	--



	<p>1. die Vergabestellen dürfen nicht auf die Registrierung als solche abstellen, sondern es muss ein Bezug zur Ausführung des Auftrags vorhanden sein und</p> <p>2. dem EMAS gleichwertige Nachweise für Umweltmanagementmaßnahmen sind anzuerkennen.</p>	<p><del>1. die Vergabestellen dürfen nicht auf die Registrierung als solche abstellen, sondern es muss ein Bezug zur Ausführung des Auftrags vorhanden sein und</del></p> <p><del>2. dem EMAS gleichwertige Nachweise für Umweltmanagementmaßnahmen sind anzuerkennen.</del></p>	
8	<p>Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der Zuschlagserteilung ist zulässig, wenn</p>	<p>Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten <u>einschließlich der Lebenszykluskosten</u> auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der Zuschlagserteilung ist zulässig, wenn</p>	<p>Die CDU wollte diese deklaratorische Regelung gerne streichen. Wir halten sie aber für hilfreich.</p>

	<p>1. die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen,</p> <p>2. die Umweltkriterien im Leistungsverzeichnis oder in der Bekanntmachung des Auftrags ausdrücklich genannt sind,</p> <p>3. dem Auftraggeber durch die Festlegung des Kriteriums keine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit eingeräumt wird und</p> <p>4. alle Grundsätze des Unionsrechts, vor allem das Diskriminierungsverbot, gewahrt werden.</p>	<p>1. die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen,</p> <p>2. die Umweltkriterien im Leistungsverzeichnis oder in der Bekanntmachung des Auftrags ausdrücklich genannt sind,</p> <p>3. dem Auftraggeber durch die Festlegung des Kriteriums keine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit eingeräumt wird und</p> <p>4. alle Grundsätze des Unionsrechts, vor allem das Diskriminierungsverbot, gewahrt werden.</p>	
9	<p>(1) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</p> <p>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</p>	<p><del>(1) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</del></p> <p><del>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</del></p>	<p>Da bereits in § 4 enthalten, begegnet die Streichung unsererseits keinen Bedenken</p>

	<p>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</p> <p>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen und</p> <p>4. alle Bewerber in der Lage sind, diesen Bedingungen nachzukommen, falls sie den Zuschlag erhalten.</p> <p>(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann bei geeigneten umweltbedeutsamen Aufträgen, bei denen ein Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand besteht, der Auftraggeber einen Nachweis dafür verlangen, dass bestimmte Umweltmanagementmaßnahmen bei der Ausführung des Auftrags ergriffen werden.</p>	<p><del>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</del></p> <p><del>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen und</del></p> <p><del>4. alle Bewerber in der Lage sind, diesen Bedingungen nachzukommen, falls sie den Zuschlag erhalten.</del></p> <p><del>(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann bei geeigneten umweltbedeutsamen Aufträgen, bei denen ein Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand besteht, der Auftraggeber einen Nachweis dafür verlangen, dass bestimmte Umweltmanagementmaßnahmen bei der Ausführung des Auftrags ergriffen werden.</del></p>	
--	--	--	--

	<p>(3) Staatliche Auftraggeber sollen für die Ausführung des Auftrags in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Leistungsbeschreibung oder der Zuschlagskriterien mindestens ein umweltbezogener Aspekt vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte in diesem Sinne gelten umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte, Materialien und Verfahren, wie zum Beispiel:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Geräte, Fahrzeuge, Gebäude oder Gebäudebestandteile mit hoher Energieeffizienzklasse,</li> <li>2. Produkte, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden,</li> <li>3. ressourcenschonend hergestellte Produkte, Materialien oder der Einsatz ressourcenschonender Verfahren bei der Auftragsausführung,</li> </ol>	<p><del>(3) Staatliche Auftraggeber sollen für die Ausführung des Auftrags in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Leistungsbeschreibung oder der Zuschlagskriterien mindestens ein umweltbezogener Aspekt vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte in diesem Sinne gelten umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte, Materialien und Verfahren, wie zum Beispiel:</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. Geräte, Fahrzeuge, Gebäude oder Gebäudebestandteile mit hoher Energieeffizienzklasse,</del></li> <li><del>2. Produkte, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden,</del></li> <li><del>3. ressourcenschonend hergestellte Produkte, Materialien oder der Einsatz ressourcenschonender Verfahren bei der Auftragsausführung,</del></li> </ol>	
--	--	--	--

	<p>4. Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO<sub>2</sub>-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</p> <p>5. Produkte, Materialien oder Verfahren, die Umweltgütezeichen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 3 tragen.</p>	<p><del>4. Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO<sub>2</sub>-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</del></p> <p><del>5. Produkte, Materialien oder Verfahren, die Umweltgütezeichen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 3 tragen.</del></p>	
<p><b>10</b></p> <p><b>Abs.1</b></p> <p><b>S.1</b></p>	<p>Für Bauleistungen und andere Dienstleistungen, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) jeweils in der jeweils geltenden Fassung erfasst, dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren</p>	<p>Für Bauleistungen und andere Dienstleistungen, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) <a href="#">oder das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG</a></p>	<p>Diese redaktionelle Änderung ist sinnvoll.</p>

	Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist oder der nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemein verbindlich erklärt wurde.	<a href="#"><u>über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10 Juli 202 (BGBl I S.1657)</u></a> jeweils in der jeweils geltenden Fassung erfasst, dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die mindestens den Vorgaben des für das Unternehmen anwendbaren Tarifvertrages entsprechen.	
<b>10</b> <b>Abs.2</b> <b>S.1</b>	Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen	Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, <del>die sich verpflichtet haben</del> , ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen	Den Vorschlag der CDU, von einer Verpflichtungserklärung auf eine Vertragsbedingung zu gehen empfinden wir im Zuge der angestrebten Verfahrensvereinfachung als hilfreich.

	Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen.	Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten <del>zu</del> zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen.	
<b>10 Abs.4</b>	Staatliche Auftraggeber vergeben Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen. Bei mehreren als repräsentativ festgestellten Tarifverträgen darf die Wahlmöglichkeit des sich bewerbenden	Auftraggeber <u>im Sinne des § 2 Abs.1 sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs.1, kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs.2 und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs.3</u> vergeben Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese <del>sich verpflichten</del> , ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche <del>in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten</del> <u>nach den</u>	Die Erweiterung des Anwendungsbereichs des vergabespezifischen Mindestlohns war ein Vorschlag der Regierung, den wir als sinnvoll erachten.

	<p>Unternehmens nicht beschränkt werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Das für Arbeit zuständige Ministerium gibt im Thüringer Staatsanzeiger bekannt, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ im Sinne des Satzes 1 anzusehen sind; Absatz 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das für Arbeit zuständige Ministerium die in Absatz 3 geregelten Rechte und Pflichten in alleiniger Zuständigkeit wahrnimmt. Unterfällt die ausgeschriebene Leistung keinem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag im Sinne des Satzes 1 oder liegt keine Bekanntgabe im Sinne des Satzes 4 vor, vergeben staatliche Auftraggeber Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von 11,42 Euro (brutto)</p>	<p><a href="#">Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) oder das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10 Juli 202 (BGBl I S.1657) jeweils in der jeweils geltenden Fassung einschlägige beziehungsweise das in einem mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt-<del>zu</del> zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen. <a href="#">Dies schließt die tarifvertraglich vereinbarten Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und</a></a></p>	<p>Das ist eine sinnvolle und konstruktive Formulierung aus dem CDU-Vorschlag die unserer Meinung nach beibehalten werden kann</p> <p>Dies ist ein Regierungsvorschlag, den wir um eine unpraktikable Regelung, die</p>
--	---	---	---



	<p>zu zahlen. Gleiches gilt, wenn das in dem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag vorgesehene Stundenentgelt geringer ist als das in Satz 5 genannte Mindeststundenentgelt. Als Entgelt im Sinne der Sätze 1 und 5 gelten alle Zahlungen, die im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis als Gegenleistung für die vom Arbeitnehmer erbrachte Arbeit gezahlt werden. Die Verpflichtung zur Zahlung der in Satz 1 oder Satz 5 genannten Mindeststundenentgelte gilt nicht, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich</p> <p>1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder</p> <p>2. eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-</p>	<p><u>Sonderzahlungen mit ein.</u> Bei mehreren als repräsentativ festgestellten Tarifverträgen darf die Wahlmöglichkeit des sich bewerbenden Unternehmens nicht beschränkt werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Das für Arbeit zuständige Ministerium gibt im Thüringer Staatsanzeiger bekannt, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ im Sinne des Satzes 1 anzusehen sind; Absatz 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das für Arbeit zuständige Ministerium die in Absatz 3 geregelten Rechte und Pflichten in alleiniger Zuständigkeit wahrnimmt. Unterfällt die ausgeschriebene Leistung keinem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag im Sinne des Satzes 1 oder liegt keine Bekanntgabe im Sinne des Satzes <del>4</del><u>7</u> vor, vergeben staatliche Auftraggeber Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn</p>	<p>bestimmte Zuschläge an die Auftragsdauer geknüpft hat gekürzt haben.</p>
--	--	--	---

	<p>Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde,</p> <p>liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt.</p>	<p>diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von <del>11,42</del> <u>13,50</u> Euro (brutto) zu zahlen. Gleiches gilt, wenn das in dem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag vorgesehene Stundenentgelt geringer ist als das in Satz 5 genannte Mindeststundenentgelt. <del>Als Entgelt im Sinne der Sätze 1 und 5 gelten alle Zahlungen, die im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis als Gegenleistung für die vom Arbeitnehmer erbrachte Arbeit gezahlt werden.</del> Die Verpflichtung zur Zahlung der in Satz 1 oder Satz <del>5</del> <u>8</u> genannten Mindeststundenentgelte gilt nicht, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich</p> <p>1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder</p>	<p>Streichung ist Regierungsvorschlag und begegnet aus unserer Sicht keinen durchgreifenden Bedenken.</p>
--	--	--	---

		<p>2. eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde,</p> <p>liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt.</p>	
<p><b>10</b></p> <p><b>Abs.5</b></p>	<p>Auszubildende, Praktikanten und Teilnehmende an Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten gelten nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Absatzes 4. Setzt das Unternehmen Leiharbeiternehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung ein, muss es sicherstellen, dass diese bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages nach Maßgabe der Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt</p>	<p>Auszubildende, Praktikanten und Teilnehmende an Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten gelten nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Absatzes 4. Setzt das Unternehmen Leiharbeiternehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung ein, muss es sicherstellen, dass diese bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages nach Maßgabe der Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt</p>	

	<p>werden, wie die in seinem Unternehmen vergleichbaren Arbeitnehmer; ihr Entgelt muss mindestens der durch Rechtsverordnung verbindlich festgelegten Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechen. Liegt eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht vor, muss das Unternehmen sicherstellen, dass die eingesetzten Leiharbeiter bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages unbeschadet der Verpflichtung nach Satz 2 mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Stundenentgelt erhalten. Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt</p>	<p>werden, wie die in seinem Unternehmen vergleichbaren Arbeitnehmer; ihr Entgelt muss mindestens der durch Rechtsverordnung verbindlich festgelegten Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechen. Liegt eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht vor, muss das Unternehmen sicherstellen, dass die eingesetzten Leiharbeiter bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages unbeschadet der Verpflichtung nach Satz 2 mindestens das in <del>Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6</del> <u>Abs. 4 Satz 1, 8 oder 9</u> genannte Stundenentgelt erhalten. Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das <del>in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6</del> <u>Absatz 4 Satz 1, 8</u></p>	
--	---	---	--

	erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	<a href="#">oder 90</a> genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz <del>8</del> <a href="#">11</a> oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	
<b>10</b> <b>Abs.5</b> <b>S.4</b>	Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	

<b>10 Abs.7</b>	Die kommunalen Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach den Absätzen 4 und 5 verfahren.	Die kommunalen Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 <del>können</del> -sollen nach den Absätzen 4 und 5 verfahren.	Diskussionsbedarf. Was spricht dagegen die Soll-Vorgabe auch bei den Kommunen hier anzuwenden. Inwieweit also in § 10 (7) die Sollvorschrift zu Gleichbehandlung-problemen auf der kommunalen Ebene führt oder sogar ein sinnvolles Nachziehen bedeuten würde, ist vertieft auch im Kontext des kommunalen Finanzausgleiches zu prüfen.
<b>10 Abs.10</b>	Die Bieter haben zu erklären, dass sie bei der Auftragsdurchführung ihren Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zahlen.	Die Bieter haben <del>zu erklären, dass sie</del> bei der Auftragsdurchführung ihren Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt <u>zu</u> zahlen.	Bei Wegfall der Verpflichtungserklärung wäre diese Änderung nur folgerichtig.
<b>10a</b>	Öffentliche Auftraggeber können nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der	Öffentliche Auftraggeber <del>können</del> <u>sollen</u> nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur	Die „Soll-Vorschrift“ schafft eine größere Verbindlichkeit und war ein Regierungsvorschlag..

	<p>Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung verlangen, dass der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den Arbeitsbedingungen übernimmt, die diesen von dem vorherigen Betreiber gewährt wurden. Die bisherigen Betreiber sind verpflichtet, den öffentlichen Auftraggebern auf Anforderung die hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder Einsicht in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftsbücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu gewähren, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Arbeitnehmer hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die im Rahmen des Verfahrens nach Satz 2 entstehenden Aufwendungen des</p>	<p>Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung verlangen, dass der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den Arbeitsbedingungen übernimmt, die diesen von dem vorherigen Betreiber gewährt wurden. Die bisherigen Betreiber sind verpflichtet, den öffentlichen Auftraggebern auf Anforderung die hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder Einsicht in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftsbücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu gewähren, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Arbeitnehmer hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die im Rahmen des Verfahrens nach Satz 2 entstehenden</p>	
--	---	--	--

	bisherigen Betreibers werden durch den öffentlichen Auftraggeber erstattet. Das Verlangen der Übernahme der Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers nach Satz 1 ist in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen anzugeben.	Aufwendungen des bisherigen Betreibers werden durch den öffentlichen Auftraggeber erstattet. Das Verlangen der Übernahme der Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers nach Satz 1 ist in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen anzugeben.	
<b>11</b>	<p>(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen sollen keine Waren Gegenstand der Leistung sein, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:</p> <p>1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 640 -641-),</p>	<p>(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen <del>sollen</del> dürfen keine Waren Gegenstand der Leistung sein, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:</p> <p>1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 640 -641-),</p>	<p>Zwar sind die ILO-Kernarbeitsnormen Bestandteil der deutschen Rechtsordnung. Gleichwohl zeichnet sich ab, dass diese nach wie vor bei Beschaffungen durch die öffentliche Hand nicht oder nur unzureichend Beachtung finden. Wir plädieren daher zum einen dafür in Satz (1) das sollen durch das klarere dürfen zu</p>



	<p>2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2072 -2073-),</p> <p>3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1122 -1123-),</p> <p>4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 23 -24-),</p> <p>5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 441-442-),</p>	<p>2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2072 -2073-),</p> <p>3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1122 -1123-),</p> <p>4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 23 -24-),</p> <p>5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 441-442-),</p>	<p>ersetzen. Zum anderen verstehen wir zwar formal das Ziel einer Verschlankung des Gesetzes. Wir verstehen auch, dass die Regierung dem Vorschlag zu Streichung der Regierung aus dem Evaluationsgutachten folgen möchte. Wir halten aber die fortgesetzte Darstellung im Thüringer Vergabegesetz für hilfreich um der Hervorgehobenen Bedeutung grundlegender Menschenrechte und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ausreichend Rechnung zu tragen.</p>
--	---	---	--

	<p>6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 97 -98-),</p> <p>7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 201 -202-),</p> <p>8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1290 -1291-)</p> <p>jeweils in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(2) Aufträge über Lieferleistungen dürfen nur an solche Auftragnehmer vergeben werden, die sich verpflichtet haben, den Auftrag gemäß der</p>	<p>6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 97 -98-),</p> <p>7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 201 -202-),</p> <p>8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1290 -1291-)</p> <p>jeweils in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(2) Aufträge über Lieferleistungen dürfen nur an solche Auftragnehmer vergeben werden, <del>die sich verpflichtet haben</del>, den Auftrag gemäß der</p>	
--	--	---	--

	<p>Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen nach Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierzu sind von den Bietern entsprechende Nachweise oder Erklärungen zu verlangen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.</p>	<p>Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen nach Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierzu sind von den Bietern entsprechende Nachweise oder Erklärungen zu verlangen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.</p>	
--	--	--	--

			Wenn wir bei einer Vertragsbedingung bleiben, ist der Verzicht auf die Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Vergabeverfahren nur konsequent.
<b>12</b> <b>Abs. 1</b> <b>und 2</b>	(1) Der Auftragnehmer darf Bau- und Dienstleistungen nur auf Nachunternehmer übertragen, wenn der Auftraggeber im Einzelfall in der für Erklärungen des Auftragnehmers nach § 12 a Abs. 1 Satz 2 bestimmten Form zugestimmt hat. Die Zustimmung ist nicht notwendig bei Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingestellt ist. Die Bieter haben bereits bei Abgabe ihres Angebots ein Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen vorzulegen.	<del>(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.</del>	Bei Wegfall der Verpflichtungserklärung wäre diese Änderung nur folgerichtig.

	<p>(2) Soweit Leistungen nach Absatz 1 auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer auch zu verpflichten, den Nachunternehmern die für Auftragnehmer geltenden Pflichten der Absätze 3 und 4 sowie der §§ 10, 11 und 17 Abs. 2 aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu kontrollieren.</p>	<p><del>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</del></p> <p><del>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb</del></p>	
--	---	--	--

		<p>der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</p> <p>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste</p>	
--	--	---	--

		<p>Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</p> <p><del>(5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</del></p>	
12 a	(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur	<del>(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur</del>	

	<p>von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.</p> <p>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden</p>	<p><del>von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.</del></p> <p><del>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden</del></p>	
--	--	--	--



	<p>Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</p> <p>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</p>	<p><del>Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</del></p> <p><del>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</del></p>	
--	---	---	--

	<p>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</p> <p>(5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf</p>	<p><del>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</del></p> <p><del>1. (5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der</del></p>	
--	--	---	--

	<p>hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</p>	<p><del>Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</del></p> <p><u>Verfahrensanforderungen</u></p> <p><u>(1) Bieter sind verpflichtet mit Abgabe des Angebotes eine Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes vorzulegen. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft wird eine Muster-Eigenerklärung zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass nur Angebote gewertet werden können, welchen eine Erklärung nach Satz 1 beigelegt ist.</u></p>	<p>Der Inhalt der Verpflichtungserklärung sollte durch das zuständige Ministerium im Rahmen einer Verordnung bestimmt werden.</p>
--	--	--	---

		<p><u>(2) Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Abgabe des Angebotes, die Vorlage von Nachweisen und Erklärungen und die Beantragung von Genehmigungen nach § 8 Absatz 1 zu erfolgen hat. Die Kommunikation einschließlich der Angebotsabgabe kann bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen per Email erfolgen, wenn eine Verhandlungsvergabe durchgeführt wird. § 7 Abs.4, § 39 Satz 1 und § 40 UVgO finden hierauf keine Anwendung. Der Auftraggeber hat durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass Manipulationsmöglichkeiten verhindert werden.</u></p>	<p>Mit Blick auf die Vereinfachung des Verfahrens durch eine Email-Angebotsabgabe ist die Regelung zu begrüßen. Es ist aber vorstellbar, dass sich hierdurch möglicherweise Dokumentations- und Übermittlungsprobleme ergeben, dies sollte bei der Gestaltung des Gesetzes berücksichtigt werden.</p>
--	--	--	---

13	<p>Bei der Entscheidung über den Zuschlag auf ein Angebot ist bei sonst gleichwertigen Angeboten über die bereits auf den vorhergehenden Stufen des Vergabeverfahrens im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung berücksichtigten umweltbezogenen und sozialen Aspekte hinaus das Angebot des Bieters zu bevorzugen, der in seinem Unternehmen gemessen an seiner Betriebsstruktur mehr als ein anderer Bieter mit gleichwertigem Angebot soziale oder umweltbezogene Maßnahmen durchführt. Derartige Maßnahmen können insbesondere sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die bestehende Tarifbindung,</li> <li>2. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</li> </ol>	<p>Bei der Entscheidung über den Zuschlag auf ein Angebot ist bei sonst gleichwertigen Angeboten über die bereits auf den vorhergehenden Stufen des Vergabeverfahrens im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung berücksichtigten umweltbezogenen und sozialen Aspekte hinaus das Angebot des Bieters zu bevorzugen, der in seinem Unternehmen gemessen an seiner Betriebsstruktur mehr als ein anderer Bieter mit gleichwertigem Angebot soziale oder umweltbezogene Maßnahmen durchführt. Derartige Maßnahmen können insbesondere sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die bestehende Tarifbindung,</li> <li>2. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</li> </ol>	<p>Die Regierung wollte diesen (eher deklaratorischen) Absatz streichen. Wir würden dafür werben ihn beizubehalten.</p>
----	--	--	---

	<p>3. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>4. die Beteiligung an der beruflichen Erstausbildung,</p> <p>5. die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen,</p> <p>6. Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz oder anderer ökologischer Ziele.</p> <p>In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist anzugeben, welche Maßnahme oder Maßnahmen bei sonst gleichwertigen Angeboten nach Satz 1 zugrunde gelegt werden.</p>	<p>3. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>4. die Beteiligung an der beruflichen Erstausbildung,</p> <p>5. die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen,</p> <p>6. Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz oder anderer ökologischer Ziele.</p> <p>In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist anzugeben, welche Maßnahme oder Maßnahmen bei sonst gleichwertigen Angeboten nach Satz 1 zugrunde gelegt werden.</p>	
<p><b>15</b></p> <p><b>Abs.1</b></p>	<p>Hat der Bieter</p> <p>1. aktuelle Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen,</p>	<p>Hat der Bieter</p> <p>1. aktuelle Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen,</p>	Redaktionelle Änderung.

	2. eine Erklärung nach den §§ 10, 11, 12 und 17 oder 3. sonstige Nachweise oder Erklärungen	<del>2. eine Erklärung nach den §§ 10, 11, 12 und 17 oder</del> <del>3.</del> <u>2.</u> sonstige Nachweise oder Erklärungen	
17	Der Auftraggeber kann Kontrollen durchführen, um die Einhaltung der dem Auftragnehmer aufgrund dieses Gesetzes auferlegten Verpflichtungen zu überprüfen. Der Auftraggeber hat zu diesem Zweck mit dem Auftragnehmer vertraglich zu vereinbaren, dass ihm auf Verlangen die Entgeltabrechnungen des Auftragnehmers und der Nachunternehmer sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer abgeschlossenen Werkverträge vorgelegt werden. Die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum	Der Auftraggeber <del>kann Kontrollen durchführen</del> <u>hat stichprobenartig Kontrollen durchzuführen</u> , um die Einhaltung der dem Auftragnehmer aufgrund dieses Gesetzes <del>auferlegten Verpflichtungen</del> <u>bestehenden Anforderungen</u> zu überprüfen. <u>Sie können dabei die Unterstützung der Landesvergabeberatungsstelle in Anspruch nehmen.</u> <del>Der Auftraggeber hat zu diesem Zweck mit dem Auftragnehmer vertraglich zu vereinbaren, dass ihm auf Verlangen die Entgeltabrechnungen des Auftragnehmers und der Nachunternehmer sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer</del>	Die Regierung hat hier eine stärkere Verpflichtung zur Kontrolle vorgesehen. Wir unterstützen dies  Diese Passage wurde durch uns ergänzt.  Die Regelung der CDU ist im Lichte der vorgesehenen Änderungen folgerichtig.

	<p>Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sind im Umgang mit personenbezogenen Daten zu beachten. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.</p>	<p><del>abgeschlossenen Werkverträge vorgelegt werden.</del> <u>Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf dessen Verlangen seine Entgeltabrechnungen sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 11 Abs.1 Satz 1 Nr.1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer abgeschlossenen Verträge vorzulegen.</u> Die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz vom 6. Juni 2018</p>	
--	---	--	--



		(GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sind im Umgang mit personenbezogenen Daten zu beachten. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten <u>und Nachunternehmer</u> auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.	
<b>18</b>	(1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 zu sichern, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe von bis zu fünf von Hundert des Auftragswerts zu vereinbaren; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen fünf von Hundert des Auftragswertes (netto) nicht überschreiten. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu verpflichten, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem	(1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 zu sichern, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe von bis zu fünf von Hundert des Auftragswerts zu vereinbaren; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen fünf von Hundert des Auftragswertes (netto) nicht überschreiten. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu verpflichten, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem	Die CDU hatte sich hier eine Streichung der Vertragsstrafe gewünscht. Wir halten das mit Blick auf eine Stärkung der Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitsaspekten nicht für sinnvoll.

	<p>eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.</p> <p>(2) Der Auftraggeber hat mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, dass die schuldhafte Nichterfüllung der aus den §§ 10 und 11 resultierenden Anforderungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer sowie schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen der §§ 12 und 17 Abs. 2 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigen.</p>	<p>eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.</p> <p>(2) Der Auftraggeber hat <del>mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren,</del> <u>den Auftragnehmer darüber zu unterrichten</u> dass die schuldhafte Nichterfüllung der aus <del>den §§ 10 und 11</del> <u>§ 6</u> resultierenden Anforderungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer sowie schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen der <del>§§ 12 und 17</del> <u>§§ 7 und 13</u> Abs. 2 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigen.</p>	
<b>18</b> <b>Abs.3</b>	<p>Hat der Auftragnehmer, ein Bewerber oder Bieter gegen die sich aus den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 ergebenden Verpflichtungen verstoßen, soll jeweils der Auftraggeber dieses</p>	<p>Hat der Auftragnehmer, ein Bewerber oder Bieter gegen die sich aus den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 ergebenden Verpflichtungen verstoßen, soll <del>jeweils der Auftraggeber</del> dieses</p>	<p>Die Klarstellung der Regierung, dass auch andere Auftragnehmer einen Ausschluss auf § 18 Abs.3</p>

	Unternehmen von der öffentlichen Auftragsvergabe für die Dauer von bis zu drei Jahren ausschließen. Satz 1 gilt auch für Nachunternehmer. Vor dem Ausschluss ist dem Unternehmen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ein ausgeschlossenes Unternehmen ist auf dessen Antrag allgemein oder teilweise wieder zuzulassen, wenn der Grund des Ausschlusses weggefallen ist.	Unternehmen von der öffentlichen Auftragsvergabe für die Dauer von bis zu <del>drei</del> <u>fünf</u> Jahren <del>ausschließen</del> <u>ausgeschlossen werden</u> . Satz 1 gilt auch für Nachunternehmer. Vor dem Ausschluss ist dem Unternehmen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ein ausgeschlossenes Unternehmen ist auf dessen Antrag allgemein oder teilweise wieder zuzulassen, wenn der Grund des Ausschlusses weggefallen ist.	ThürVgG stützen können ist, wie auch die Verlängerung des Zeitraums auf fünf Jahre, zu begrüßen.
<b>18</b> <b>Abs.3a</b>	[kein Vorgänger]	<u>Das für Arbeitsrecht zuständige Ministerium richtet ein Register über Unternehmen ein, die von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen worden sind. Es regelt durch Rechtsverordnung:</u>  1. <u>Die im Register zu speichernden Daten, den Zeitpunkt ihrer Löschung und die Einsichtnahme in das Register,</u>	Die Einrichtung des Registers im Vorschlag der Regierung ist grundsätzlich zu begrüßen. Ziffer 2 könnte gestrichen werden, wenn eine Überprüfung der Einhaltung des Gesetzes durch das Land erfolgt. Es ist darauf zu achten, dass die

		<p>2. <a href="#">Die Verpflichtung der Auftraggeber, Entscheidungen nach den Sätzen 1, 2 und 4 an das Register zu melden und</a></p> <p>3. <a href="#">die Verpflichtung der Auftraggeber, zur Prüfung der Zuverlässigkeit von Unternehmen, Auskünfte aus dem Register einzuholen.</a></p>	Registerbehörde für die Verwaltung des Registers hinreichend personell ausgestattet ist.
<b>19</b> <b>Abs.4</b>	Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der voraussichtliche Gesamtauftragswert bei Bauleistungen 150 000 Euro (ohne Umsatzsteuer), bei Leistungen und Lieferungen 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nicht übersteigt.	Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der voraussichtliche Gesamtauftragswert bei Bauleistungen <del>150.000 Euro</del> <a href="#">75.000 Euro</a> (ohne Umsatzsteuer), bei Leistungen und Lieferungen 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nicht übersteigt.	Hierdurch wird der Rechtsschutz für unterlegene Bieter reduziert. Dies trägt aber zur Verfahrensvereinfachung bei. Wir würden es dabei lassen.
<b>22a</b>	§ 10 Abs. 4 und 5 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Regelungen zu den Entgelten auf Grundlage repräsentativer Tarifverträge bis einschließlich 29. Juli 2020 nicht anzuwenden sind.	<del>§ 10 Abs. 4 und 5 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Regelungen zu den Entgelten auf Grundlage repräsentativer Tarifverträge bis einschließlich 29. Juli 2020 nicht anzuwenden sind.</del>	Redaktionelle Änderung, die keinen Einwänden begegnet.

